



BIOLOGISCH

Mit Bio kann auch die Welt ernährt werden, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. **Seite 3**



ARBEITERKAMMERWAHL

Brigitte Reiter-Huber über den schwierigen Arbeitsalltag in den Spitalern. **Seite 7**



INSEKTENSTERBEN

Eine Initiative von Rudi Anschöber fördert die Artenvielfalt und schützt die Böden. **Seite 6**

OÖ.PLANET

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

AUSGABE NR. 101
22. JAHRGANG | FRÜHLING

OÖ.PLANET NR. 02/2019 | PREIS: € 1,-
ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17
RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



Blau machen fürs Klima



Seit Wochen streiken weltweit Schülerinnen und Schüler für die Umsetzung der Klimaziele, auch in Linz.

→ 02

Foto: Magenta Shirey

AKTUELL



Grüne in der AK wählen – so geht's

Bei der AK-Wahl ist man/frau entweder einem Betriebs-sprengel zugeordnet – hier wird im Betrieb gewählt, AK und Betriebsräte informieren die Betroffenen. Wer hier verhindert ist, kann bis 16. März eine Wahlkarte beantragen und wird damit BriefwählerIn (siehe unten).

Oder man/frau (über die Hälfte) gehört zum Briefwahl-sprengel – hier kommen die Unterlagen zur Stimmabgabe automatisch per Post.

Das heißt für die nächsten Wochen: Keine Post von der AK ungeöffnet ins Altpapier schmeißen! Sowie LISTE 4

AUGE/UG wählen und **AUFGEBEN** des Wahlkuverts, **spätestens bis 28. März.**

Zusätzlich gibt es für alle BriefwählerInnen (auch jene, die ihre Unterlagen verloren haben!) **öffentliche Wahllokale:** In allen AK-Filialen, am Hauptbahnhof und auf der Uni in Linz, in den großen Einkaufszentren in Pasching, Wels, Vöcklabruck und Gmunden, sowie bei der Beratungsstelle MIGRARE in Linz. Adressen und Öffnungszeiten auf der Homepage der AK.

■ **Christian Krall** ist Mitarbeiter der AUGÉ/UG

AK-WAHL 2019
LISTE 4
AUGE/UG

AUGE/UG
Alternative, Grüne und Unabhängige
GewerkschafterInnen OÖ

**CHAMPAGNER FÜR DIE WIRTSCHAFT?
12-STUNDENTAG FÜR EUCH?
NICHT MIT UNS!**

MARTIN GSTÖTTNER
Spitzenkandidat

AUGE-OÖE.AT

ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

Weltretten soll Spaß machen

Das Frühjahr ist die beste Zeit auch für einen politischen Neustart. Die Spitzengremien der Grünen in Oberösterreich erneuern sich in diesen Wochen (fast) vollständig. Den Startschuss gab der Landesvorstand mit der Neuwahl der Parteimanagerin. Ursula Roschger folgt Gabriela Schönberger als Landesgeschäftsführerin nach. In ihrer Bewerbungsrede hat sich die Linzerin für eine Anpassung der Grünen Organisationsstruktur an die neuen gesellschaftlichen Veränderungen ausgesprochen. Die Grünen müssen sich auch strukturell ändern, weil sich die Gesellschaft verändert hat. Es braucht Angebote für mögliche AktivistInnen mit knappem Zeitbudget. Der Trend zu temporären bzw. projektbezogenem Mitmachen muss sich auch bei den Beteiligungsformaten widerspiegeln. Und vor allem die Kampagnenfähigkeit vor Wahlen muss wiedererlangt werden. Weiters sollen die Grünen Antworten auf die großen und kleinen Fragen unserer Zeit finden. Stichwort Grundeinkommen ja oder nein... Damit Grüne Politik wieder jene Relevanz bekommt, die sie noch vor ein paar Jahren hatte, muss die Partei neue und auch unkonventionelle Wege wagen. Die deutschen Grünen leben es gerade vor mit ihrem Motto: „Weltretten soll auch Spaß machen“.

Marco Vanek

KURZMELDUNG

Grüner Führungswechsel

Am 6. April wählt die Landesversammlung einen neuen Landessprecher und zwei StellvertreterInnen. Stefan Kaineder – seit kurzem auch stellvertretender Bundessprecher – kandidiert als einziger für die Sprecherfunktion in Oberösterreich, Dagmar Engl und Severin Mayr stellen sich als seine Co-SprecherInnen zur Wahl. Auf der Landesversammlung gewählt wird auch ein Großteil des mehr als 20köpfigen Landesvorstandes. Für dieses Gremium gibt es viele neue BewerberInnen aus allen Landesteilen.

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW -556
Mail ooe@gruene.at
Web www.ooe.gruene.at

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax 0732/73 94 00-556

LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Aboverwaltung: Nina Bivic
Tel. 0732/73 94 00-429
Mail service.ooe@gruene.at

Sie retten nun die Welt!

Schülerinnen und Schüler gehen jeden Freitag auf die Straße, weltweit und seit kurzem auch in Linz. Ihre Proteste könnten sich bald zu einer gesellschaftlichen Bewegung ausbreiten, wie vor fünfzig Jahren die Studentenbewegung. Die Bedingungen dafür sind gegeben.

■ MARCO VANEK

Am 1. März versammelten sich wieder hunderte Schülerinnen und Schüler am Linzer Hauptplatz, um für eine wirksame Klimapolitik zu streiken. Ihr Vorbild ist die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg. Sie war es, die sich am 20. August 2018 das erste Mal mit einem selbst gemachten Plakat vor das schwedische Parlament setzte und so mit dem „Skolstrejk“ begann. Durch ein auf Instagram veröffentlichtes Bild gewann ihr Streik schnell an Bekanntheit. Auch ihre Reden beim UNO-Klimagipfel in Kattowitz und beim Weltwirtschaftsforum in Davos haben sie in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Viele stimmen Greta zu und haben sich ihr angeschlossen bei dem Versuch, die Politik wachzurütteln. Denn, wenn die Jugendlichen nicht für ihre Zukunft kämpfen, wer tut es dann?

Was sich in Linz und in vielen anderen Städten weltweit zusammenbraut, sieht nach einem perfekten Proteststurm aus. Die SchülerInnen demonstrieren

könnten sich schnell zu einer gesellschaftlichen Bewegung weiterentwickeln. Die Bedingungen dafür sind gegeben, meint auch Maximilian Prost in der „Zeit“.

Betroffene bewegen politisch mehr

Die erste Bedingung des Proteststurms liegt in der Tatsache, dass jetzt diejenigen sprechen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sein werden: Kinder und Jugendliche. Das gibt ihrem Anliegen eine ganz andere Durchschlagskraft. Denn die Geschichte lehrt, dass Betroffene politisch mehr bewegen als Nichtbetroffene.

Eine zweite Bedingung hat mit einer Veränderung des öffentlichen Diskurses zu tun. Noch vor zwei Jahren hätte eine demonstrierende Schülerin vor einem Parlamentsgebäude höchstens die lokalen Medien bewegt. Nach dem letzten Hitzesommer ist das einst ferne und abstrakte Thema Klimawandel nun für jeden und jede spürbar geworden.



Foto: Frida/forfuture

SchülerInnen setzen klare Zeichen gegen die klimazerstörende Politik.

Die politischen Fronten wurden sichtbarer

Der Klimawandel ist nicht nur sichtbar und spürbar geworden, auch die Fronten zwischen jenen, die etwas gegen die Erderwärmung tun möchten und den Leugnern und Verhinderern sind klarer als noch vor drei Jahren. Putin, Trump, der neue brasilianische Präsident und die Saudis sabotieren ganz offen die Klimaziele. Jene, die heute protestieren, haben nun klare Adressaten, denen sie ausrichten können: „So geht es nicht!“

Klar ist heute auch, dass es eine Minderheit ist, die aus Geschäftsinteressen großen Schaden anrichtet, den die Mehrheit

zu tragen hat. Greta Thunberg hat es in ihrer Rede auf dem UN-Gipfel so ausgedrückt. „Unsere Zivilisation wird für die Chancen einer kleinen Gruppe von Menschen geopfert, die immer mehr Geld verdienen wollen“. Mit diesem Satz verwirft Thunberg auch die Vorstellung, wir alle, die Menschheit als Ganzes seien schuld am Klimawandel. Eine Vorstellung, die lange den Diskurs geprägt und die Verantwortung verschleiert hat. Mit diesem Satz legt Thunberg auch die Voraussetzung für politisches Handeln offen: „Bei der Klimakrise geht es nicht um persönliche Verfehlungen des Einzelnen, sondern vorrangig um gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse“.



Foto: Frida/forfuture

Mehr Pflegepersonal – mehr Lohn

„Neue Wege in der Ausbildung und bessere Rahmenbedingungen – das sind die zentralen Schlüssel, um mehr Personal für den Pflegebereich zu gewinnen. Nur so können wir den Pflegemangel wirksam bekämpfen“, betont die Grüne Gesundheitssprecherin LABg. Ulrike Schwarz in der aktuellen Pflegedebatte. So gilt es erstens die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Löhne zu erhöhen und so den Beruf attraktiver zu machen. Die Pflege ist herausfordernd, zeitintensiv und mager entlohnt. Kaum verwunderlich, dass viele von diesem Beruf Abstand nehmen,

auch wenn sie sich grundsätzlich dafür interessieren „Je attraktiver der Job ist, umso



Foto: istockphoto.com

mehr Menschen streben ihn an. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen“, meint Schwarz.

Zweitens muss bereits in der schulischen Ausbildung der Weg in den Pflegeberuf geebnet und Angebote ausgebaut werden. Das heißt, den Jugendlichen den Gesundheits- und Sozialbereich näherzubringen, Schwerpunkte anzubieten, Themenfelder zu behandeln und Jobperspektiven aufzuzeigen. Dass die Lage mehr als angespannt ist, ist allen klar. Bis 2025 werden in Oberösterreich 1600 Pflegekräfte fehlen. Das ist ein klarer Auftrag zu handeln.



AK-WAHL 2019
LISTE 4 AUGE/UG



Bio kann die Welt ernähren.

Wenn weniger Fleisch gegessen wird und weniger Lebensmittel im Müll landen, könnten bei gleicher Anbaufläche auch neun Milliarden Menschen ernährt werden, errechneten ForscherInnen in einer Studie.

■ MARCO VANEK

Bio ist in Österreichs Landwirtschaft mittlerweile gut verankert. 19 Prozent der Betriebe bzw. 22 Prozent (570.000 Hektar) der Agrarflächen arbeiten nach biologischen Richtlinien. Dass biologische Landwirtschaft die Umwelt und Ressourcen schont, ist unumstritten. Ein Team aus WissenschaftlerInnen hat herausgefunden, dass die biologische Bewirtschaftung auch in der Lage sei, die ganze Weltbevölkerung zu ernähren.

Intensive Produktion belastet

Die heute vorherrschende, sehr intensive Nahrungsmittelproduktion belastet die Natur zum Beispiel durch Überdüngung,



Die Art der Lebensmittelbereitstellung hat unmittelbare Auswirkungen auf Natur und Umwelt.

hohe Stickstoffüberschüsse und Pestizide, erklärte Karlheinz Erb vom Institut für soziale Ökologie der Universität Klagenfurt, einer der AutorInnen dieser Studie. Diese negativen Auswirkungen könne man durch eine weltweite biologische Bewirtschaftung stark reduzieren. Weil allerdings bekanntlich die Erträge bei Bio-Landbau im Durchschnitt geringer sind als in der konventionellen Landwirtschaft, brauche es ein paar Begleitmaßnahmen,

damit keine zusätzlichen Flächen beansprucht und Wälder gerodet werden müssen, meint Erb.

Weniger Fleisch, mehr eiweißreiche Pflanzen

Wenn die Menschen um ein Drittel weniger Fleisch und andere tierische Produkte essen, und um die Hälfte weniger Nahrungsmittelabfälle produzieren, könnte man bei gleichem Flächenverbrauch selbst

die neun Milliarden Menschen, die im Jahr 2050 auf der Erde leben werden, mit Bio-Produkten versorgen, berechneten die ForscherInnen. Die meisten Nahrungsmittelabfälle entstehen entlang der Produktionskette, und hier gäbe es noch großes Optimierungspotenzial, so Erb. Außerdem sollte man Ackerland nicht für den Anbau von Nutztier-Futter verschwenden. Dadurch würde genug Fläche frei, dass allumfassender Biolandbau möglich ist. Außerdem könnte man dann mehr Hülsenfrüchte und andere eiweißreiche Pflanzen kultivieren, um eine Verringerung von tierischen Eiweißstoffen in der Ernährung zu kompensieren.

Die Weidekuh ist kein Klimakiller!

Wiederkäufer zu halten ist die ökonomisch und ökologisch sinnvollste Nutzung von Agrarland, insbesondere im Berggebiet und in Steppenlandschaften. Weiden sind durchschnittlich betrachtet die fruchtbarsten und humusreichsten Böden, die wir haben. Durch ihren hohen Humusgehalt stellen sie auch immense Kohlenstoffspeicher dar. Das Desaster

für das Klima begann mit der industriellen Tierhaltung: mit der mais- oder sojafressenden Hochleistungskuh, dem Mastschwein, den turbogemästeten Hendlern. Schon jetzt emittieren die fünf größten Fleisch- und Milchkonzerne weltweit mehr klimaschädliche Gase als der Ölgigant Exxon. Obwohl derzeit nur 17 Prozent des Kalorienbedarfs der Menschen (global) aus tierischen Lebensmitteln

gedeckt wird, benötigt die Produktion dieser Lebensmittel 77 Prozent der verfügbaren landwirtschaftlichen Nutzflächen. Wer die Klimakatastrophe abwenden will, muss also die Massentierhaltung bekämpfen und nicht die friedlich grasende Kuh auf Österreichs Weiden.

■ IRMI SALZER, stellv. Bundessprecherin der Grünen Bäuerinnen und Bauern

STUDIE

Strategies for feeding the world more sustainable with organic agriculture, erschienen im November 2017 in Nature Communication, Volume 8; Link (engl.): [nature.com/articles/s41467-017-01410-w](https://www.nature.com/articles/s41467-017-01410-w)

Heimische Landwirtschaft unter Druck

ÖVP und FPÖ lehnen den Verhandlungsstopp um das Freihandelsabkommen mit Lateinamerika ab. Stefan Kaineder befürchtet einen massiven Anstieg billiger Lebensmittel aus dem Süden.

Das Freihandelsabkommen Mercosur mit südamerikanischen Staaten wird die heimischen Betriebe massiv unter Druck setzen. Die EU-Landwirtschaft droht durch die enormen Importmengen

mit Mercosur-Produkten aus dem südamerikanischen Markt überschwemmt zu werden. „Schon jetzt stammen über 75 Prozent der europäischen Rindfleisch-Importe aus Mercosur-Ländern. Allein Brasilien ist der größte Fleischexporteur der Welt. Bei diesen Massen ist der Wettbewerbsnachteil für die heimischen BäuerInnen eklatant. Schon jetzt geben in Österreich pro Jahr fast 2.000 Bauern den Hof auf, weil sie keine Zukunft sehen. Das wird sich mit Mercosur weiter verschärfen“, betont Kaineder und kritisiert den ÖVP-FPÖ eigenen Antrag als zu wenig weitrei-

chend: „Schöne Phrasen und Absichtsbekundungen werden den Schaden für die heimische Landwirtschaft nicht abwenden. Es ist nur ein Freibrief für die EU-Verhandler, dieses schädliche Abkommen weiter voranzutreiben“.

Das Freihandelsabkommen Mercosur schadet der heimischen Landwirtschaft enorm. Dennoch halten ÖVP und die FPÖ an den Verhandlungen fest. „Das ist schade, unverständlich und unverantwortlich. Denn damit nehmen sie diesen Schaden in Kauf und stellen die Interessen der Industrie

„Über 75 Prozent der europäischen Rindfleisch-Importe stammen aus Mercosur-Ländern.“

Stefan Kaineder

über jene der BäuerInnen und auch der KonsumentInnen. Wir Grünen wollten einen Stopp der Verhandlungen. Das haben ÖVP und FPÖ heute im Landtag abgelehnt.“

KURZMELDUNGEN

Weitere Abschiebungen drohen

Aktuell befinden sich in Österreich 1.061 AsylwerberInnen in Lehrausbildung, davon 391 in Oberösterreich. Allein in OÖ haben bereits zwanzig ihren Lehrabschluss geschafft. Rund zwei Drittel haben in der ersten Instanz einen Negativbescheid erhalten. Die meisten von ihnen befinden sich nun bereits seit längerer Zeit in der entscheidenden zweiten Instanz, einige haben auch hier bereits einen Negativbescheid. Einer von ihnen ist der pakistanische Lehrling Ali Wajid, bekannt und beliebt für seine erstklassige Arbeit als Lehrling und in Salzburg breit unterstützt, teilte kürzlich Rudi Anschöber mit. Der Kellnerlehrling hatte im Mai 2018 einen negativen Asylbescheid in zweiter Instanz erhalten. Um einer Abschiebung vorzubeugen, gewährte ihm die Erzdiözese Salzburg Anfang Juli Kirchenasyl und brachte ihn im Stift St. Peter unter. Nach siebenmonatigem Kirchenasyl in Salzburg wurde er letzte Woche bei einer routinemäßigen Meldung auf der Rathaus-Wachstube in der Altstadt von der Polizei einbehalten und vor ein paar Tagen in die Schubhaft überstellt.



Ausbildung statt Abschiebung

Die Initiative von Rudi Anschöber wird täglich stärker. Bereits knapp 70.000 unterstützen die Online-Petition, 119 Gemeinden mit 2,8 Mio. EinwohnerInnen haben Unterstützungsbeschlüsse gefasst, 1.217 Unternehmen tragen die Initiative und über 100 Prominente unterstützen die Forderungen. Mehr unter: [ausbildung-statt-abschiebung.at](https://www.ausbildung-statt-abschiebung.at)



Ja zur Biomasseförderung

„Wir wollen nicht zurück in das fossile Zeitalter! Für uns Grüne ist es keine Alternative, wenn effiziente Anlagen für Ökostrom und Ökowärme abgebaut werden müssen. Deswegen auch noch einmal ein Appell an die Bundesministerin Köstinger und an die SPÖ: Springt über euren politischen Graben und verhandelt über die Zukunft des Ökostroms!“, David Stögmüller, Grüner Bundesrat

KOMMENTAR



■ **GOTTFRIED HIRZ**
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
GOTTFRIED.HIRZ@
GRUENE.AT

Das kuriose Spiel der FPÖ mit der Deutschförderung

Die FPÖ bereichert die politische Debatte wieder mit einer Kuriosität. Wir kennen die blaue Forderung nach einer Deutschpflicht am Schulhof zur Genüge – xmal als Antrag eingebracht, xmal abgelehnt oder vom Bildungsministerium zurückgewiesen. Jetzt macht die FPÖ wieder Druck, weil immer mehr SchülerInnen ohne deutsche Muttersprache in den Klassen sitzen. Jetzt kommt das Kuriosum. Denn die FPÖ ist gemeinsam mit der ÖVP hauptverantwortlich dafür, dass die Deutschförderstunden in den Schulen massiv gekürzt worden sind. Jemandem die Kleidung wegnehmen und dann schreien, dass er nackt ist – genau so geht die FPÖ vor. Denn die Kürzungen haben ganz massive Auswirkungen, wie das Beispiel einer Volksschule zeigt. Dort gibt es derzeit 77 Wochenstunden Deutschunterricht für 58 außerordentliche SchülerInnen. Durch die Umstellung auf Deutschförderklassen und die Gruppenvergrößerung fallen im nächsten Schuljahr 50 Wochenstunden weg. Dazu fallen die 15 Integrationswochenstunden weg, die 2015/16 und 17 zur Betreuung von Flüchtlingskindern an die Schulen vergeben worden waren. Das ergibt 65 Wochenstunden weniger. Damit sollen die deutsche Sprache und die Integration gefördert werden? Aber ja, Deutsch sollen die SchülerInnen ja verpflichtend am Schulhof sprechen und damit lernen. Mit dieser Logik könnte man auch den Mathematik-Unterricht auf den Schulhof auslagern und von den SchülerInnen verlangen, sich das Dividieren selbst beizubringen. Der Erfolg wäre wohl mäßig.

Warum Anna keine Malwerkstatt hat?

Anna mag die Schule. Sie ist gut im Schreiben, durchschnittlich im Rechnen und sie liebt die Malwerkstatt. Anna wird traurig sein, denn dieses Freifach wird es nicht mehr geben. Anna wird nicht verstehen, warum.

■ **MAX GUSENBAUER**

Warum Anna künftig keine Malwerkstatt mehr hat, hat mit der schwarz-blauen Bildungsreform zu tun. Diese gibt den Schulen mehr Autonomie. Soweit die Theorie. Aber die Bundesregierung interpretiert die Autonomie auf ihre Weise und nutzt sie als Kürzungsvehikel.

Dabei ist mehr Schulautonomie und damit mehr Eigenständigkeit und Gestaltungsfreiraum eine sinnvolle Sache und von den Grünen seit langem eingefordert worden. Dafür brauchen die Schulen aber die nötigen Unterrichtsstunden. „Doch nun gibt es weniger Stunden, damit wird die Schulautonomie zur Mogelpackung“, betont der Grüne Klubobmann und Bildungssprecher LAbg. Gottfried Hirz. Denn mit Ressourcen ausgestattet, können die Schulen nur autonom entscheiden, wo sie Stunden kürzen, um ihren Unterricht an anderer Stelle aufrechterhalten zu können. „Wir kürzen eure Stunden, aber ihr könnt das gestalten wie ihr wollt!“ – scheint die Devise zu sein“, kritisiert Hirz, „mit Schul-



„Die Schulen werden bei der Integrationsarbeit im Stich gelassen, Verlierer sind die Kinder.“

Gottfried Hirz

autonomie hat das aber nichts zu tun, sondern zwingt die Schulen zur Mängelverwaltung.

Kürzung der Sprachförderung

Die Folgen zeigen sich bei weitem nicht nur bei den Freifächern. Jenen Fächern, die

Kreativität, soziales Lernen sowie Talente fördern, sehr beliebt sind, aber immer seltener angeboten werden können. Sie zeigen sich etwa auch ganz drastisch in der Kürzung der Sprachförderung, die gerade am Beginn der Volksschule ausgebaut werden müsste. Allein in

Oberösterreich gibt es aber fast 86 Planstellen weniger als noch im Vorjahr für die Deutschförderung in Pflichtschulen. Eine Reduktion um über 40 Prozent. „Die Schulen werden bei der Integrationsarbeit im Stich gelassen, Verlierer sind die Kinder“, kritisiert Hirz. Vor allem sogenannte Brennpunktschulen sind von den Kürzungen besonders betroffen.

Als nächstes droht nun den 16 Musikvolksschulen das Aus. Seit 30 Jahren gibt es diesen Schulversuch, der nicht nur Musik näherbringt, sondern auch die Persönlichkeit des Kindes stärkt. Die Argumentation ist bekannt: Schulen können in ihrer Autonomie den musikalischen Schwerpunkt auch ohne Schulversuch anbieten. Aber dafür müssten Stunden in einem anderen Gegenstand gestrichen werden. Auch eine unverbindliche Übung ist schwer möglich. Denn die dafür nötigen Ressourcen haben die Schulen nicht. „Dasselbe Spiel. Unter dem Deckmantel der Selbstbestimmung werden schulische Leistungen gekürzt und abgestellt, das ist eine Farce“, kritisiert Hirz, der diese Causa nun zum Thema im Landtag gemacht hat.

Bildung statt Kürzung

In die Bildung und damit die Zukunft der Kinder muss investiert werden. Dieses Credo wird angesichts einer solchen Politik zum blanken Hohn. Anna beschäftigt sich nicht mit politischen Bekenntnissen. Sie ist nur traurig, weil ihre Malwerkstatt weg ist.

Grüner Etappenerfolg gegen den Plastikmüll

Manche Veränderungen brauchen Zeit. Sie brauchen alarmierende Zahlen und drastische Bilder. Der Weg raus aus dem Plastik ist so eine Veränderung.

■ **MAX GUSENBAUER**

Wir Grünen fordern schon lange, diesen Ausstieg voranzutreiben, den Plastikmüll drastisch zu reduzieren und Mehrweg auszubauen. Wieder befüllen statt Wegwerfen ist der einzige Weg, die Plastikmüllberge abzutragen und damit unsere Umwelt zu

schützen. Unsere Warnungen zeigen jetzt Folgen“, meint die Grüne LAbg. Ulrike Böker.

Denn mittlerweile ist das „Plastik-Problem“ in der verantwortlichen Politik angekommen. Das Plasticsackerl-Verbot ist ein immens wichtiger, aber nur erster Schritt. Jetzt geht es um die Getränkeverpackungen. Denn die Situation ist alarmierend. Der Mehrweganteil befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Die umweltfreundliche Mehrweg-Pfandflasche wird durch Alu-Dosen, Plastik- und Glas-Wegwerf-Flaschen immer mehr aus den Regalen der Supermärkte verdrängt. In Österreich werden über vier Milliarden Ge-

tränke in Dosen, Einwegplastikflaschen und anderen Einwegverpackungen pro Jahr verkauft und weggeworfen.

„Ein bundesweit verpflichtendes Pfandsystem für alle Getränkeverpackungen“

Diese Entwicklung muss gestoppt und die Mehrwegverpackung ausgebaut werden. Diesem Ziel sind die Grünen wieder ein Stück

nähergekommen. Denn im jüngsten Landtag haben alle Fraktionen die Grüne Initiative unterstützt, ein Pfandsystem für Getränkeverpackungen einzuführen. Nun ist der Bund gefordert, tätig zu werden.

„Für uns ist das ein Etappenerfolg. Denn das Ziel muss die Verpflichtung sein. Wir wollen ein bundesweit verpflichtendes Pfandsystem für alle Getränkeverpackungen, also auch für die Einwegflaschen. Ein Pfandsystem, das gemeinsam mit den betroffenen Branchen erarbeitet und möglichst rasch umgesetzt wird“, betont Böker und meint damit etwa einen rechtlichen Rahmen zum Ausbau von Mehrwegsystemen mit verbindlichen



Foto: Die Grünen OÖ

Ulrike Böker: „Wiederbefüllen statt Wegwerfen.“

Quoten und eine verpflichtende Kennzeichnung für Mehrweg- und Einweg-Getränkeverpackungen.

Eine Autobahn, fern von Hausverstand und Realität

Es gibt Sachen, deren Zeit vorbei ist: Ski-fahren in der Halle, mit Plastiksackerl einkaufen oder ein Eisbärfell vor der Couch. Und man baut auch keine neuen Autobahnen mehr, wenn gleichzeitig der Öffi-Ausbau immer und immer wieder verschoben wird.

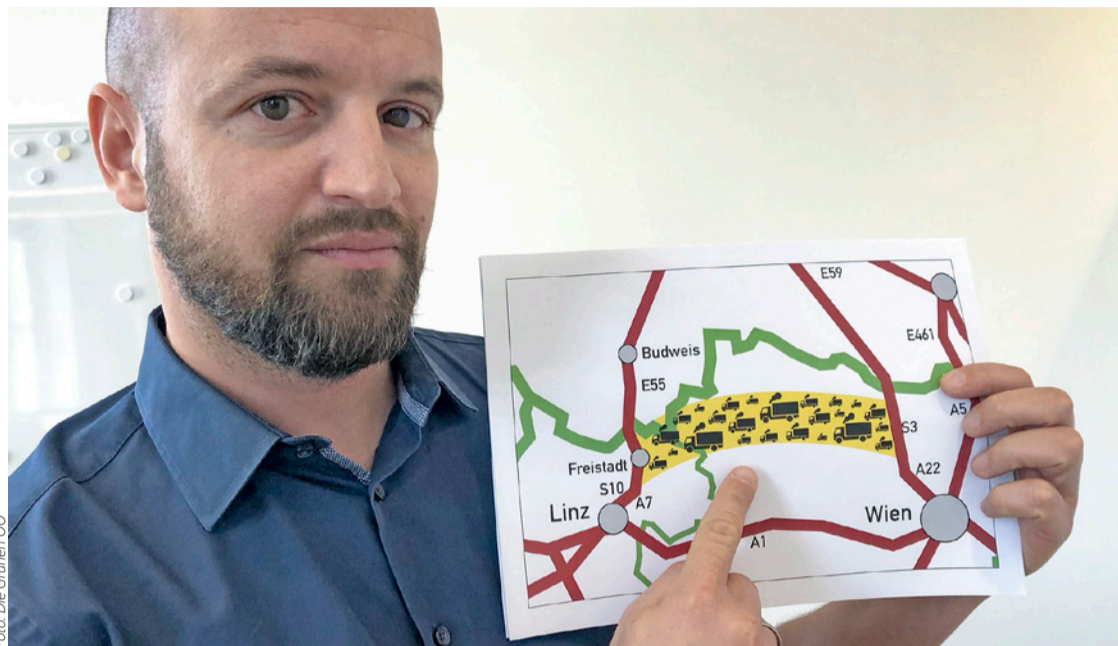
■ MAX GUSENBAUER

Mitten in der Klimakrise, zu einem Zeitpunkt, an dem uns die Fehler der Vergangenheit in Form von Wetterextremen brutal einholen, an dem immer mehr Autos immer mehr Abgase in die Luft blasen und immer längere Staus Zeit, Nerven und Geld kosten...

Und trotzdem plant Niederösterreich die sogenannte „Waldviertel-Autobahn“. Sie wird eine Transitschneise auch durch Oberösterreich ziehen, weil sie die S 3, Weinviertel Schnellstraße mit der S 10, der Mühlviertler Schnellstraße verbinden wird. Führen soll sie durch das nördliche Niederösterreich bis nach Freistadt.

Blechlawine & Bodenverbrauch

„Dieses Projekt ist ein Schaden für Mensch und Umwelt“, kritisiert der Grüne Verkehrssprecher LABg. Severin Mayr, denn man „holt tausende zusätzliche PKW und LKW mitten nach Oberösterreich“, meint Mayr, der diese Causa zum Thema im Landtag



Severin Mayr zeigt auf die drohende Transitlawine aus dem Waldviertel.

macht und Verkehrslandesrat Steinkellner eine schriftliche Anfrage übermittelt hat.

Die Folgen dieser neuen Autobahn werden das Untere Mühlviertel und Linz mit voller Wucht treffen. Auf das Untere Mühlviertel kommt nicht nur eine weitere Blechlawine zu, sondern auch gewaltiger Bodenverbrauch. Bis zu 500 Hektar Boden könnten allein in Oberösterreich betroffen sein. „Das sind zusammengerechnet etwa alle Fußballfelder in unserem Bundesland. So wird der Kampf gegen die massive Bodenversiegelung zum Hohn“, kritisiert Mayr.

Für Linz kündigt sich die nächste Stufe im Stauchaos an. Die Folgen einer zusätzlichen Blechlawine aus dem Waldviertel sind klar: „Noch mehr Verkehr, noch mehr Stau, noch mehr Abgase. Das kann man doch nicht se-

henden Auges zulassen oder gar nicht unterstützen“, meint Mayr an die Adresse von LR Steinkellner.

Während man eine neue Autobahn plant, dämmert der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs vor sich hin. Bis zu fünf Mrd. Euro soll die Autobahn kosten.

„Dieses Projekt ist ein Schaden für Mensch und Umwelt.“

Severin Mayr

„Um dieses Geld könnte man alle wichtigen Öffi-Projekte in OÖ gleich dreimal verwirklichen“, rechnet Mayr vor. „Aber weder bei den wichtigen Schienenprojekten im Mühlviertel noch bei der zweiten Schienen-

achse in Linz geht etwas weiter – zu Lasten der PendlerInnen“. Daher fordert Mayr einen Öffi-Gipfel, auf dem endlich die Finanzierungs- und Zeitpläne für die 2. Schienenachse fixiert werden. „Bis zum Sommer müssen Bürgermeister Luger und Landeshauptmann Stelzer einen Vertrag über Finanzierung und Baustart unterzeichnen. Noch mehr Autos ins Land holen und gleichzeitig ein derart wichtiges Öffi-Projekt auf den St. Nimmerleinstag zu verzögern – das passt nicht zusammen“. Denn der Bau dieser Schienenachse ist auch maßgeblich für die Attraktivierung der Mühlkreisbahn und den Bau der Stadtbahn nach Pregarten.

Eine neue Autobahn ist ein Relikt aus der Zeit, in der Asphalt wichtiger war als die Schiene. Das ist vorbei und es wird Zeit, dass diese Botschaft bei wirklich allen ankommt.

KOMMENTAR



■ MARIA BUCHMAYR
LANDES- UND
FRAUENSPRECHERIN
DER GRÜNEN OÖ
MARIA.BUCHMAYR@
GRUENE.AT

Jede Frau, die sich bedroht fühlt, muss Schutz und Hilfe bekommen.

Die jüngste Gewaltserie an Frauen ist erschütternd, jede einzelne Tat ist es. Diese auf das Schärfste zu verurteilen und mit der ganzen Härte des Gesetzes zu ahnden ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich muss es sein, solche Taten zu verhindern, dafür zu sorgen, dass es gar nicht zu solchen Situationen kommt. Das bedeutet ganz konkret, den Gewaltschutz für Frauen zu stärken und auszubauen. Eigentlich heißt es, diesen Schutz WIEDER zu stärken. Denn gerade jene Parteien, die sich jetzt besonders lautstark um die Sicherheit der Frauen sorgen, haben wesentlich dazu beigetragen, diesen Schutz zu schwächen. Es waren ÖVP und FPÖ, die die Förderungen für Gewaltschutzzentren und Frauenvereine im vergangenen Jahr gekürzt und damit die Präventionsarbeit geschwächt haben. Diese Einsparungen müssen selbstverständlich rückgängig gemacht und die Präventionsarbeit gestärkt werden. Wir müssen einschreiten, bevor Gewalt gegen Frauen passiert. Wir müssen dafür sorgen, dass jede Frau, die sich bedroht fühlt, eine Anlaufstelle hat und dort Beratung und Schutz bekommt. Frauen zu schützen, Taten zu verhindern, heißt aber auch die Täterarbeit zu verstärken. Es heißt, Täter und potenzielle Täter sich nicht selbst zu überlassen, sondern sie psychotherapeutisch zu unterstützen. Statt Stimmungsmache ist Problemlösung gefragt.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

27. FEBRUAR 2019

Mein Tagebuch, hab schon geglaubt ich hab dich verloren, wie die ÖVP das Christlich-Soziale oder Österreich seinen guten Ruf, aber da bist ja. Ist wieder Zeit zu schreiben. Der Herr Minister Kickl hat wieder einen Kreativitätsschub gehabt. Er hat gemeint, die Politik steht über dem Recht. Eh, die Erde is flach und Nordkorea a Demokratie. Er hat aber schnell gemerkt, dass er auch wo steht und zwar daneben und unter Druck. Sogar der Kanzler

Kurz hat gemeint, dass das nicht geht. Wobei, was heißt das schon. Der hat vor seinem Besuch bei Trump auch gemeint, der macht teilweise gute Außenpolitik. Echt jetzt? Aber wahrscheinlich muss man sich so einfetten, damit man sich mit dem First Donald nicht reibt. Was ist bei uns in Oberösterreich los? Da sind ein paar Leute sauer. Landeshauptmann Stelzer ist sauer, weil ihm Promis ausgerichtet haben, dass Oberösterreich ein

Rechtsextremismus-Problem hat. Extrem unhöflich so was und extrem falsch natürlich. Der Umwelthanwalt ist sauer, weil ihm der Haimbuchner seine Kompetenzen zusammengestutzt hat. Aber da liegt er falsch, wo doch Schwarz-Blau nichts wichtiger ist als der Umweltschutz. Und ich glaub, die FPÖ ist noch immer sauer, weils mit ihrer Deutschpflicht in der Schulpause net durchkommt. Aber sie probierens weiter, weils in den Klassen mit den Nichtdeutschsprachigen

schon so arg ist. Man könnt natürlich auch die Deutschförderstunden nicht kürzen, statt das Deutschlernen in die Pause zu verlegen. Man lernt ja auch in der Mathestunde das Dividieren und nicht am Gang. So flockt des dahin, ja und EU Wahlen gibts ja bald. Die Grünen haben a Spitzenköchin geholt, andere was Abgelauenes aus der Speis. Schau ma was den WählerInnen besser behagt.

■ MAX GUSENBAUER



AK-WAHL 2019
LISTE 4 AUGE/UG



BILDUNGS-
FREISTELLUNG?
RECHT STATT
GNADENAKT!

MARTIN GSTÖTTNER
Spitzenkandidat

LESERINNENBRIEFE

Rückkehr des Wolfes /
oö.planet Nr. 100

Sechs Jahre nach seinem Erscheinen ist das Land immer noch völlig unzureichend auf die Rückkehr dieser Tiere vorbereitet, wie ein aktueller Vergleich des Wolfsmanagements der Bundesländer durch den Naturschutzbund zeigt. Während Salzburg aktuell das einzige Bundesland ist, das bereits eine finanzielle Förderung von Herdenschutzmaßnahmen für Weidetierhalter bereitstellt, punktet Oberösterreich durch eine konstruktive Dialogplattform („Runder Tisch“) zum Thema Wolf, bei denen InteressensvertreterInnen aller betroffenen Gruppierungen zu Wort kommen...

Birgit Mair-Markart, Bundesgeschäftsführerin des Naturschutzbundes

(...) Der Inhalt dieser Seite repräsentiert für mich die Werte Ignoranz, Überheblichkeit und Menschenverachtung. Das sind für mich Haltungen, die in Grüner Politik nichts verloren haben. Es ist nicht mehr zu übersehen, dass die Sekte der Wolfsanbeter (unter Führung ihres Österreich-Gurus Professor Kotraschal) sowie andere militante Naturschützer und Veganer inzwischen zu den wichtigsten Lobbyisten für den agrarindustriellen Komplex zählen. Es ist auch nicht neu, dass sich naive Grüne häufig vor den Karren dieser Lobbyisten spannen lassen (...)

Ludwig Reiter, Hagenberg

(...) Meiner Erfahrung nach sind Elektrozaune als Umzäunung eines Weidegebietes, wenigstens insofern sie bis zum Boden reichen müssen (bei Schafherden oder Ziegenherden), sicher im Widerspruch zur zentralen Forderung eines natürlichen Lebens der Tiere. Denn elektrisch geladene Zäune sind tödlich oder wenigstens hoch lebensgefährlich für Igel, Blindschleichen, Schlangen, Kröten, usw., jedenfalls für alle Kleintiere; wahrscheinlich auch für Hasen, Rebhühner, ... Die Wölfe passen nicht in unsere doch eher kleinräumigen Wälder und Gegenden, leider; d.h. man muss sie meiner Auffassung nach wieder in die großen Wälder des europäischen Ostens zurückdrängen.

Josef Kaltenberger, St. Florian

Das Insektensterben jetzt stoppen!

Rudi Anschöber startete eine Petition für den Schutz von Böden und Artenvielfalt. In der ersten Woche haben bereits über 4000 Menschen diese Initiative unterstützt.

■ MARCO VANEK

Mehr als dreißig FachexpertInnen haben ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeitet, das in Oberösterreich, auf Bundesebene und bei der EU durchgesetzt werden soll. Gleichzeitig startete eine Online-Petition, die diese Maßnahmen breitenwirksam unterstützen soll. „In den nächsten Wochen wollen wir in allen betroffenen Bereichen die Ursachen und die Auswirkungen des Insektensterbens aufzeigen und sichtbar machen“, sagt der Grüne Umweltlandesrat Rudi Anschöber. „Wir wollen das Insektensterben zu einem zentralen Thema machen. Denn es geht um das Ökosystem, um die Bestäubung und unsere Existenzgrundlagen.“



Anschöber: „Es geht um das Ökosystem, um die Bestäubung und unsere Existenzgrundlagen.“

Die Welt der Insekten in ÖÖ

Als ersten Bereich hat sich Anschöber die Situation der Insekten vorgenommen. Er lud dabei FachexpertInnen ein, die Lebenssituation dieser Kleinlebewesen unter die Lupe zu nehmen. Unumstritten ist, dass Insekten uns am Leben halten, unsere Nutzpflanzen bestäuben und Schädlinge zurückdrängen. Weiters sorgen sie für gute Wasserqualität und fruchtbare Böden. Der Anteil der Insekten

liege bei 41 Prozent zweimal höher als der von Wirbeltieren. Studien zufolge ist die Biodiversität der Insekten aber binnen zehn Jahren um 25 Prozent gesunken. So sind mehr als die Hälfte aller österreichischen Schmetterlingsarten akut gefährdet, bei Wiesenschmetterlingen sind es 70-80 Prozent. Rund 80 Prozent der Wildpflanzen werden von Insekten bestäubt und für viele Vogelarten sind Insekten eine wichtige Nahrungsquelle.

Die Gründe für das Insektensterben sehen die ExpertInnen im flächenmäßig überzogenen Pestizid- und Düngereinsatz sowie in Monokulturen. Ein wesentlicher Grund für den Rückgang von Insektenbiomasse ist aber auch die Lichtverschmutzung. Ebenso trägt das Ausräumen der Landschaft zum Artenschwund bei – dazu kommen Bodenversiegelung und die Zerschneidung von Habitaten.

PETITION

Die Online-Petition „Rettet die Bienen“ kann unter www.oobleuehtauf.at ab sofort unterschrieben werden. Darüber hinaus werden Gemeinden eingeladen Beschlüsse zur Unterstützung des Maßnahmenpakets zu fassen.

Der Biologe Martin Schwarz bestätigt diese Entwicklung: „Der nachgewiesene Schwund an Insekten, sowohl die Individuenzahl als auch die Artenzahl betreffend, in den letzten Jahrzehnten ist dramatisch und besorgniserregend. Derzeit ist das größte Artensterben seit etwa 400 Millionen Jahren im Gange, mit schwerwiegenden Folgen auch für die Menschen. Es droht ein Kollabieren vieler Ökosysteme. Nur durch große Anstrengungen wird es gelingen, diese globale Katastrophe abzuwenden.“

MASSNAHMEN UM DAS INSEKTENSTERBEN ZU STOPPEN:

- Der Verzicht auf Bienen-gifte & Verringerung von Pestiziden
- Die Wiedererrichtung von Insektenlebensräumen und Strukturvielfalt auch in der Agrarlandschaft – wir und die Insekten brauchen Feldraine, Baumgruppen, Hecken u.v.a.m.
- Bodenschutz und dras-
- tische Verringerung der Flächenversiegelung
- Die Verringerung von Lichtverschmutzung
- Umfassende Bildungsprogramme
- jährlicher Bericht über die Entwicklung von Bienenrettung, Artenvielfalt und Bodenschutz

PERSONALIA:

Neue Landesgeschäftsführerin

Die Linzerin **Ursula Roschger** wurde am 1. März vom Landesvorstand mit großer Mehrheit zur Landesgeschäftsführerin der oberösterreichischen Grünen gewählt.

Die Gemeinderätin und frühere Klubobfrau der Grünen Linz folgt Gabriela Schönberger, die nicht mehr kandidiert hat.



Wie die Stadt Linz die Artenvielfalt fördert

Die Stadt Linz setzt Initiativen für unsere heimischen Bienen und Insekten. Bereits seit 2013 leben auf der Terrasse vor dem Büro der Linzer Umwelt-Stadträtin Bienen. Mag.^a Eva Schobesberger ist Schirmherrin des Projekts „Erster Linzer Rathausonig“, betreut und organisiert von der Plattform ‚LinzerBiene‘. Generell setzt die Stadt Linz viele Maßnahmen zu Gunsten der heimischen Bienen und Insekten. So fördert die Stadt mit 90.000 Euro jährlich ihre

Stadtbäuerinnen und Stadtbauern. Damit werden unter anderem bienen- und insektenfreundliche Maßnahmen wie die Erhaltung und Pflege von Heuwiesen, Blumenböschungen, Ackerrandstreifen und Rainen unterstützt. Ebenfalls in Kooperation mit der ‚LinzerBiene‘ hat die Volkshochschule Linz einen Honig-Schleuderraum im zehnten Obergeschoß des Wissensturms eingerichtet und bietet Veranstaltungen, Kurse und Workshops für zukünftige StadtimkerInnen an.



NEUE KOGLER- STELLVERTRETERINNEN

Die Grünen haben zwei neue Bundessprecher-StellvertreterInnen: **Stefan Kaineder** (links) aus Dietach und **Nina Tomaselli** (Mitte) aus Feldkirch. Sie

wurden jeweils mit 23 von 24 Stimmen in diese Positionen gewählt. Beide gelten als Zukunftshoffnungen und sind seit November im Vorstand der Partei vertreten.

Immer schneller und verfügbar sein

Brigitte Huber-Reiter ist Logopädin im Ordensspital in Grieskirchen und dort auch Betriebsratsvorsitzende. Im oö.planet-Gespräch beschreibt sie den schwierigen Arbeitsalltag des Pflegepersonals in den Spitälern.

MARCO VANEK

Die Arbeit in der Krankenpflege ist zwar sehr sinnstiftend und erfüllend, doch der Arbeitsalltag ist sehr fordernd, wenn nicht für manche Beschäftigten überfordernd“, meint Brigitte Huber-Reiter. Die Innviertlerin ist seit Anfang Februar freigestellte Betriebsratsvorsitzende im Klinikum Grieskirchen und vertritt dort über 600 Beschäftigte. Sie kandidiert auch auf Platz 2 für die AUGÉ zur Arbeiterkammerwahl. Kürzlich erschien auch eine Studie, die ein sehr zwiespältiges Bild der Arbeitssituation der Pflegekräfte in den oberösterreichischen Spitälern zeichnet.

Kaum personelle Puffer

„Besonders erschüttert haben mich, dass mehr als 61 Prozent der Pflegekräfte es als sehr bis eher unwahrscheinlich ansehen, bis zur Pension durchzuhalten.“ Nicht so arbeiten zu können, wie man es eigentlich vom gewählten Beruf gewohnt ist, ist für Huber-Reiter sehr zermürbend. Sie hat oftmals auch selbst die Erfahrung gemacht,

nach der Arbeit mit dem Gefühl nachhause gefahren zu sein, nicht alles gemacht zu haben. Ein weiteres Problem sieht Huber-Reiter in der dauernden Verfügbarkeit. „Es gibt bei uns Pflegekräften kaum personelle Puffer. Fällt eine Kollegin kurzfristig aus, kommt es oftmals vor, dass andere Kolleginnen von den Vorgesetzten in der Freizeit oder auch im Urlaub angerufen werden, ob sie nicht kurzfristig einspringen könnten. Es gibt zwar Regelungen im Kollektivvertrag, dass dies möglich ist, aber nur sehr eingeschränkt.“

Auch das permanente Gefühl überfordert zu sein, am Limit zu arbeiten geht an die Substanz. „Viele Kolleginnen und Kollegen sind dadurch körperlich und auch mental ausgepowert. Einige gleiten so auch langsam ins Burnout.“

Hoher Stresslevel

Diese Erfahrungen bestätigt auch eine Studie der oö. Arbeiterkammer. „Die Arbeitsdichte



Foto: Chris Flash

Brigitte Huber-Reiter

und das Tempo sind enorm. So haben Beschäftigte in der Pflege ein deutlich stärkeres Stressempfinden mit einer mäßig bis sehr starken Stressbelastung von 80 Prozent im Verhältnis

Was braucht es?

Was braucht es, damit sich die Arbeitssituation in den Spitälern verbessert?

„In erster Linie muss sich der Berechnungsschlüssel ändern, damit die Zeiten für Urlaube, Weiterbildung, Umkleidezeiten auch verbindlich berücksichtigt werden. Als Betriebsrätin kämpft Brigitte Huber-Reiter etwa dafür, dass sich das nicht-

medizinische Personal in der Arbeitszeit umziehen kann. „Es braucht aber auch zusätzliche Zeitrressourcen, damit die immer mehr werdenden PatientInnen mit Demenz betreut werden können. Und schließlich braucht es arbeitswissenschaftliche Bewertungen der Tätigkeiten im Krankenhaus, die sich auch in den Berechnungen für den Personalbedarf abbilden.“

zu auch immer noch hohen 65 Prozent in anderen Berufen. Die hohen Anforderungen und vor allem auch, nicht so arbeiten zu können, wie sie es aus ihrer beruflichen Haltung heraus gerne möchten, tragen aber auch dazu bei, dass sie nicht abschalten können“, beschreiben die StudienautorInnen.

Immer kürzere Zeit im Krankenhaus

Huber-Reiter sieht die zuständige Politik gefordert, einen besseren Personalschlüssel zu finanzieren. So haben sich die Grundlagen für die Berechnung des Personalschlüssels seit den beiden letzten Spitalsreformen stark verändert. Die Verweildauer im Krankenhaus wurde deutlich kürzer. Dies führt dazu, dass für viele Berufsgruppen die Arbeiten in immer kürzerer Zeit erledigt werden sollen. Labortests müssen schneller durchgeführt werden, Therapien müssen schneller Erfolge zeigen, nicht selten werden Betten untertags doppelt belegt, dass die Abteilungsgehilfen vor besondere Herausforderungen stellt. Kürzere Verweildauer bedeutet für manche PatientInnen, dass sie rasch wieder ins Spital zurückkehren, was wiederum für das Personal belastend ist.

Studie:

Personalbedarf und Personaleinsatz in Oberösterreichs Krankenhäusern, im Auftrag der oö. Arbeiterkammer, Oktober 2018. Download unter: ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/Zu_wenig_Personal_in_Spitaelern.html

WEITERE AUGÉ/UG KANDIDATINNEN



Foto: Chris Flash

„Im Sozialbereich wurde in den letzten Jahren in Oberösterreich genug gespart. Mehr geht nicht!

Es braucht bessere Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und ausreichend Personal.“

Thomas Lamprecht-Lasinger,
Zentralbetriebsratsvorsitzender
Diakonie Österreich



Foto: Peter Palme

„Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen in allen Branchen überhand. An den Universitäten sind sie seit Jahren bittere

Realität, etwa für JungforscherInnen am Anfang ihrer Laufbahn oder WiedereinsteigerInnen. Die Folgen sind einerseits ein massiver Brain-Drain in der Forschungslandschaft und andererseits vorprogrammierte Altersarmut. Diese betrifft vor allem Frauen.“

Manfred Walter,
stv. Betriebsratsvorsitzender
Johannes Kepler Universität Linz

MACH DIE WELT GRÜNER.
WERDE MITGLIED.
OOE.GRUENE.AT/
MITMACHEN/
MITGLIED-WERDEN

CROSSING EUROPE
GEWINNSPIEL

Das Linzer Filmfestival Crossing Europe verschreibt sich seit 2004 alljährlich dem eigenwillig, zeitgenössischen und gesellschaftspolitischen AutorInnenkino aus Europa. Vom 25. bis 30. April bietet CROSSING EUROPE vielerlei cineastische Leckerbissen. Wir verlosen 2 x 2 Einzelkarten. Bitte bis 25. März eine E-Mail schreiben an: ooe.planet@gruene.at Infos zum Festival: crossingeurope.at

IMPRESSUM

oö.planet. 02/2019
Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M
MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17
HerausgeberInnen: Die Grünen OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Heidi Obermaier, Mag.ª Elke Mayerhofer, Dr. Christian Krall, Mag. Markus Gusenbauer. **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Dr. René Freund, Mag.ª Maria Buchmayr, Dr.ª Gabriela Schönberger, Magenta Shipsey, Tobias Reder, Gottfried Hirz
Korrektorat: Mag.ª Barbara Vanek **Fotos:** Grünes Archiv, istock, bildbox.com, Mag. Marco Vanek
Karikatur: Christian Schneider **Gestaltung:** agentur g+
Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner
Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressenverwaltung:** Nina Bikic, Tel.: 0732/73 94 00-556, nina.grgic@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück; Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint ab 9. Mai 2019

Ja, wo samma denn?!!

Die AK-Wahl ist keine Nebensache, sondern die Chance für klare Signale an die Regierung und an die Gesellschaft – und vor allem: an uns Grüne selbst

KOMMENTAR: CHRISTIAN KRALL

Wem es ernst damit ist, dass die Grünen bei der nächsten Nationalratswahl wieder ins Hohe Haus einziehen, der/die sollte sich an der AK-Wahl beteiligen und mit einer Grünen Stimme für die AUGÉ ein erstes, wichtiges Fundament legen, um

dieses Ziel zu erreichen. Ganz nach dem Motto von Leonhard Cohen:

„First we take Manhattan, then we take Berlin ...“

Mit einem Erfolg bei der AK-Wahl, so „unwichtig“ sie manchen auch erscheinen mag, nimmt das Projekt Grün jenen Schwung mit, der beim Einsatz für die EU-Wahl einen nicht zu unterschätzenden Startvorteil verschafft: wir beginnen bei den großen Rennen des Jahres 2019 dann eben nicht bei null, sondern bereits mit einem Erfolg, mit einem Moment des Aufatmens und in einer Stimmung des Aufbruchs

und der Zuversicht. (Zugegeben, man kann es auch nüchterner sagen, dann nennen wir's Spin ...).

Damit die Wirtschaft nicht den Globus frisst

Die Grünen nicht im Nationalrat, das geht nicht nur nicht, sondern das tut unserer Umwelt und ihrer Zukunft und unseren Kindern und Kindeskindern nicht gut. Es braucht eine Kraft, der es ernst ist mit der Ökologie, mit Nachhaltigkeit – und die braucht es dringlich und stärker als bisher auch in der AK. Fünf Mandate in diesem Umfeld sind nicht schlecht, aber alles andere als genug!

Spin-Doktoren sind teuer, die Wahlstimme erheben kost' nix

Eigentlich bereits Grüne Gründe genug, die AUGÉ/UG, Liste 4 zu wählen – wer noch mehr will, der/die schaue sich die KandidatInnen-Liste der in der AK regierenden Sozialdemokraten an; er/sie wird sich in die Zeit nach Einführung des Frauenwahlrechts vor hundert Jahren zurückversetzt fühlen: von Platz 1 bis 50 nur 13 Frauen (im Vergleich auf Liste 4 Geschlechterparität bis Platz 107 hinauf). Und der/die erinnere sich an die Politik der Regierung, eine Politik des Drüberfahrens, des Nichtzuhörens, der Angriffe auf den Rechtsstaat und der Herzlosigkeit.

Tipps

SYMPOSIUM

Die Zukunft der Altenbetreuung Ein Symposium der Grünen Generationen Plus

Fr., 15. März 2019 / 14:00 - ca. 19:30
Pressezentrum im Alten Rathaus,
Hauptplatz 1, 4020 Linz

Die meisten Menschen wünschen sich, zuhause in ihrer vertrauten Umgebung alt werden zu können. Wir sondieren die Möglichkeiten abseits von Pflegeheim und prekärer 24-Stunden-Betreuung.

Mit Vorträgen von: Dr.ⁱⁿ Lara Lamer, Technische Universität Wien, Institut für Automatisierungs- und Regelungstechnik; Dr. Günther Kräuter, Volksanwalt; Dr.ⁱⁿ Daniela Palk, Diakonie Gallneukirchen; Sonja Schiff, MA, Gerontologin

Anschließend Podiumsdiskussion mit den ReferentInnen und den Grünen Politikerinnen Ulrike Schwarz und Birgit Meinhard Schiebel (Wien); um Anmeldung wird gebeten: generationplus.ooe@gruene.at

BILDUNGSREISE LUXEMBURG

Klein, aber innovativ Eine Bildungs- und Projektreise ins kleine Großfürstentum

14. bis 20. Juli 2019

In Luxemburg entstanden in den letzten Jahren interessante Projekte im Bereich Mobilität, Landwirtschaft, Tourismus. Wir besuchen die Region Atert-Wart an der belgischen Grenze,

die auch Beziehungen zu einer der LEADER-Regionen im Mühlviertel hat... Idee und Konzept: Fons Jacques (LUX), Marco Vanek, Ulrike Böker; Reisepreis: 690 Euro ohne Anreise (Übernachtung mit Frühstück, Reiseprogramm, Leihräder, Organisation und Begleitung...). Nähere Informationen und Anmeldung: www.ooe.gbw.at

GEWINNSPIEL

Frage: „Was ist ein Sackamt?“

Wenn du unsere Gewinnfrage bis 12. April richtig beantwortest, kannst du einen Streifzug durch den Ottensheimer Wochenmarkt inkl. Besichtigung des Sackamtes gewinnen, bei der dich die Grünen Frauen OÖ zu einer Jause & Umtrunk einladen. Termin: ein Freitag, 15:00 - 17:00 Uhr, nach Vereinbarung;
Bonusspiel: Schicke uns deine Plastikpar-Idee!

Wenn du uns zusätzlich zur Beantwortung der Gewinnfrage deine persönliche Plastikparidee mitschickst, dann erhältst du als Siegerin des Gewinnspiels obendrein ein Exemplar der aktualisierten Neuauflage des Buches „Plastikfreie Zone – Wie meine Familie es schafft, fast ohne Kunststoff zu leben“, geschrieben von der Grünen LAbg. Sandra Krautwaschl. Die Grünen Frauen OÖ, Landgutstraße 17, 4040 Linz, per E-Mail: frauen.ooe@gruene.at

Karikatur

VOR 10 JAHREN

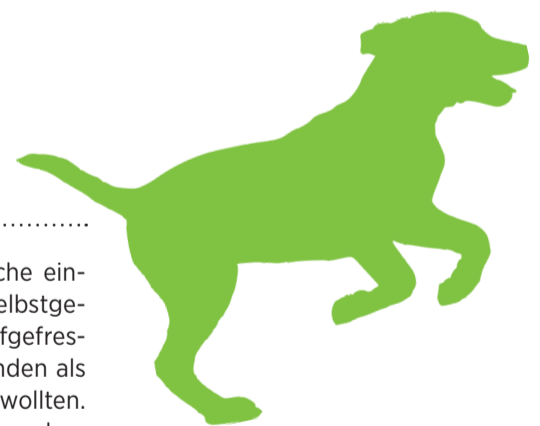
Seit einem Jahrzehnt nichts Neues.
Nur manche Protagonisten haben sich geändert...



Karikatur: Michael Schneider

Hüft jo ned

Über einen verfressenen Hund und sprachlichen Fatalismus



TEXT RENÉ FREUND

Unlängst ist Anton in die Küche eingedrungen und hat den selbstgebackenen Mohnstrudel aufgefressen, den wir eigentlich Freunden als Gastgeschenk mitbringen wollten. Natürlich am Sonntagnachmittag, kurz vor dem Weggehen. Unsere Hunde bilden ja ein richtiges Kleinrudel, seit die Nachbarin und ich einander nähergekommen sind. Während die Collie-Mischlingshündin Daria stets bestrebt ist, alles richtig zu machen, fällt Wasserhund-Verschmitt Anton vor allem durch Charme und Verfressenheit auf. Deshalb ist auch der Mohnstrudel weg. Die Nachbarin lächelt. Sie kann ihrem Hund, der mit gesenktem Haupt und Kulleraugen schlechtes Gewissen simuliert, nicht böse sein. Und auch sonst niemandem. „Jo mei“, sagt die Nachbarin, eine astreine Native Speakerin des Oberösterreichischen. Und mit einem Seufzer fügt sie hinzu: „Hüft jo ned.“

geeeeeeh“ deutet in seiner Verzweigung immerhin die Notwendigkeit einer Aktion an, eine rettende Handlung, irgendwas. „Hüft jo ned“ dagegen signalisiert, dass keine Hilfe zu erwarten ist, weder von der Nachbarin, noch von einem Mohnstrudelbäcker, noch von Gott oder dem Universum. „Hüft jo ned“ meint „Ich kann es nicht ändern“, heißt aber oft auch „Ich will es nicht ändern“. Im wienerschen „Na geeeeeeh“ liegt hingegen eine gewisse Hoffnung, jedenfalls bilde ich mir das ein. Denn wer gut jammert, ist bekanntlich schon halb zufrieden.

Das macht mich als geborenen Wiener nachdenklich, denn ich konnte nicht so gelassen auf den skrupellosen Strudelraub reagieren. Was unterscheidet mich von der Oberösterreicherin? Ich habe das Ganze mit einem ernüchterten „Na geeeeeeh“ kommentiert, so langgezogen-jammernd, wie wir Wiener das eben gut können. Immerhin, da liegt Emotion drin, Empörung, während das fatalistische „Jo mei“ von einem fast schon provokanten Phlegma zeugt. Das „Na

Da wir aber alle Österreicher sind, bleibt das Ergebnis ohnehin das gleiche: Es passiert – nichts. Außer, dass wir zwei Flaschen Wein statt des Strudels mitbringen, und dass der Hund in der Nacht Durchfall bekommt. „Na geeeeeeh“, seufzt die Oberösterreicherin schlaftrunken. „Jo mei“, murmelt der zugroaste Wiener. „Hüft jo ned.“

René Freund lebt als Schriftsteller in Grünau im Almtal. Zuletzt erschien der Roman „Ans Meer“ (Deuticke Verlag).

WIR TUN WAS!

(EINWEG-)PLASTIK VERMEIDEN IN DER FAMILIE

Schluss mit lamentieren oder gar resignieren. Mit dem Slogan „Wir tun was“ möchten wir dich ermuntern, selbst aktiv zu werden und dein alltägliches Leben (umwelt-)bewusster zu gestalten.

PLASTIKFASTEN MIT GRÜNSCHNABEL

In der Fastenzeit rufen wir zum Plastikfasten auf.

Auf facebook.com/gruenschnabel.at posten wir vom Aschermittwoch bis Ostern jeden Tag einen Tipp zur Vermeidung von Plastikmüll und zeigen Alternativen zum Ersatz von Kunststoffprodukten auf.

AUFTAKT-VERANSTALTUNG

WIR TUN WAS!

SA, 16.3.2019, 19 UHR

Wo: Grünschnabel-Remisenhof*

Anmeldung: info@gruenschnabel.at

Was? In einer Podiumsdiskussion erzählen Plastikfrei-ExpertInnen wie Sandra Krautwaschl (Autorin von „Plastikfreie Zone“) aus ihrer täglichen Praxis. Wir stellen unsere Plastikfrei-Veranstaltungen vor und zeigen dir mittels zehn effektiver Tipps, wie du selbst aktiv werden kannst.



WORKSHOP

OHNE PLASTIK GEHT'S AUCH

DO, 21.3.2019, 15 - 17 UHR

Für: InteressentInnen

Wo: Grünschnabel-Remisenhof*

Kosten: 10 Euro/TeilnehmerIn

Anmeldung: info@gruenschnabel.at, auf Anfrage Betreuung von Kindern ab 3 Jahren
Was? Plastikfrei-Coach Christa Birmili verdeutlicht, wie man Plastikmüll, Kunststoffprodukte etc. im Alltagsleben mit (Klein-)Kind vermeiden und ersetzen kann.

BIOMÜLL VERWERTEN

WURMKOMPOSTER BAUEN

SA, 27.4.2019, 10 - 18 UHR

Für: Erwachsene (auch ohne handwerkliche Vorkenntnisse)

Wo: Grünschnabel-Remisenhof*

Kosten: 209 Euro (für die große Wurmbox mit Sitzpolster)

Anmeldung über www.wurmbox.at (im Onlineshop mit Gutschein-Code Grünschnabel)

Was? Du baust unter kundiger Anleitung die Standard-Wurmbox. In dieser wandeln Kompostwürmer deinen Bio-Müll in wertvollen Dünger um.

NATÜRLICH SELBST GEMACHT

PLASTIKFREI PUTZEN, PFLEGEN UND WASCHEN

SA, 4.5.2019, 10 - 13 UHR

Für: alle InteressentInnen

Wo: Grünschnabel-Remisenhof*

Kosten: 25 Euro/TeilnehmerIn

Anmeldung: info@gruenschnabel.at

Was? Du willst Mikro- sowie Einweg-Plastik-Verpackungen vermeiden? Dann komm und fertige mit Naturkosmetikerin Iris Lehner deine eigene Zahnpasta, Shampoo und Reinigungsmittel aus natürlichen Zutaten.

Für alle Veranstaltungen gilt:

20 % Ermäßigung für InhaberInnen der ÖÖ Familienkarte und der Grünschnabel-Vorteilskarte.